

## Geld macht Einfluss

Die Forderungen nach einer Reform der Parteispendinggesetze werden lauter. **Seite 5**



## Ran an den Speck

Magenverkleinerungen bei Kindern sind riskant und umstritten. **Seite 10**

Foto: 123rf.com/Nowak

## Georg Büchner und die Revolution

Geboren vor 200 Jahren und doch so heutig im Sehnen und Zweifeln, in seiner Skepsis. **Seite 15**



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 17. Oktober 2013

68. Jahrgang/Nr. 242    Berlinausgabe 1,60 €    www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Schwarz-Grün als Fernziel

Aert van Riel über die gescheiterten Sondierungsgespräche

Zu Koalitionsverhandlungen von Grünen und Union wird es zwar nicht kommen, aber die Parteien haben die Sondierungstreffen genutzt, um sich einander anzunähern. Beide Seiten waren im Anschluss an das zweite Gespräch voll des Lobes über die »sachliche Atmosphäre« und »gute Verständigung«. Ein Bündnis mit den Konservativen wollten die Grünen zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht wagen. Das lag weniger an den Inhalten, welche die Gesprächspartner voneinander trennten. Ausschlaggebend für die Entscheidung der Grünen war vielmehr, dass sie nach ihrem mäßigen Bundestagswahlergebnis geschwächt sind und sich noch in einem personellen Umbruch befinden.

Das wahrscheinlichste Bündnis ist nun eine Große Koalition. Wenn diese zustande kommen sollte, sind die Grünen wieder in der Opposition. Doch bereits jetzt laufen die Planungen, wie man nach der nächsten Wahl in die Regierung kommen kann. Dass sich die Grünen zuletzt auf die SPD als Partner festgelegt hatten, wird in der Partei inzwischen flügelübergreifend als Fehler gesehen. Optionen für die Zukunft sollen Rot-Rot-Grün und Schwarz-Grün sein, wobei letztere Variante die wahrscheinlichere ist. Sollten die Grünen in den nächsten Monaten weiter auf die Union zugehen, stärken sie allerdings nur die Macht von Angela Merkel. Sie könnte sich dann in einigen wichtigen Fragen weiterhin auf die Zustimmung der Grünen verlassen, ohne auf sie angewiesen zu sein.

## UNTEN LINKS

Wer noch ein paar Pilze finden will, verehrte Naturfreunde, sollte sich ranhalten. Denn ganze Kompanien von Pilzräubern räumen die Wälder leer, hören wir beispielsweise aus Rheinland-Pfalz. Ist dies die weit verbreitete Mitnahmementalität, die Gerhard Schröder einst bitterlich beklagte, bevor er einen prächtig bezahlten Job beim russischen Energiekonzern Gazprom mitnahm? Mitnehmen, was man kriegen kann – das ist offensichtlich auch das Credo von Günther Oettinger, der wohlhabende Gönner animierte, der CDU seine Geburtstagsparty zu sponsern. Und das Credo des derzeit berühmtesten Bischofs von ganz Limburg, der gerade in der Zentrale herumsitzt und keine schöne Heimreise vor sich hat. Was er mit Philipp Rösler gemeinsam hat, das wissen wir jetzt eigentlich auf die FDP? Ach ja: Deren Spitzenpersonal, das gestern zum letzten Mal an einer Kabinettsitzung teilnahm, wirkt seit der Bundestagswahl auch ziemlich mitgenommen. wh



Das Kapitol in Washington

Foto: dpa/Michael Reynolds

## Zittern um Zaster

US-Senat für höheres Schuldenlimit

Washington. Wenige Stunden vor Erreichen des Schuldenlimits in den USA sagte der demokratische Fraktionschef im Senat, Harry Reid, am Mittwochabend, Demokraten und Republikaner hätten eine Einigung im Haushaltsstreit erzielt. Danach solle das Schuldenlimit so angehoben werden, dass die USA mindestens bis zum 7. Februar liquide bleiben. Außerdem solle ein Übergangshaushalt verabschiedet werden, damit die seit mehr als zwei Wochen lahmgelegte Verwaltung wieder geöffnet werden könne. Im Laufe des Abends (Ortszeit) sollte es möglicherweise zu einer

Abstimmung über das Gesetz kommen, das aber auch noch das Repräsentantenhaus passieren müsste, in dem die Republikaner die Mehrheit haben.

Bis gestern hatte die »Tea Party« das politische Washington erzittern lassen. Sie drohte damit, die vermeintlich mächtigste Nation der Erde mal einfach so der Zahlungsunfähigkeit zu überantworten. Jene einflussreiche, aber trotzdem Minderheit innerhalb der Partei der Republikaner trieb damit ihren parlamentaristisch-bürokratischen Kreuzzug gegen die von ihrem Präsidenten angeschobene Ge-

sundheitsreform, genannt »Obamacare«, auf die Spitze. Und sie wird davon – ob nächtliche Einigung oder nicht – gewiss nicht ablassen. »Obamacare« ist wahrlich kein Jahrhundertwurf, in europäischen Maßstäben kaum mehr als auf FDP-Format eingedampfte Sozialpolitik, und bricht nur einen Kiesel aus der neoliberalen Mauer der US-Gesundheitswirtschaft. Doch selbst das sollte verhindert werden – und sei es um den Preis des Staatsbankrotts, denn darauf ließ es die Republikanerpartei im Budget-Streit des US-Kongresses bisher ankommen. nd **Seite 2**

## Klerus bettelt um Vertrauen

Bistümer decken Teile ihrer Vermögensverhältnisse auf / Kritiker verlangen umfassende Aufklärung

Als Reaktion auf den Skandal um die hohen Baukosten der Limburger Bischofsresidenz legen immer mehr katholische Bistümer ihre Vermögenswerte offen.

Von Guido Speckmann

Kirchenaustritte, Rücktrittsforderungen und Anzeigen gegen Franz-Peter Tebartz-van Elst häufen sich. Der wegen seines luxuriösen Lebensstils und der explodierenden Baukosten für seinen Amtssitz umstrittene Limburger Bischof hat die Katholiken verunsichert. Um Vertrauen zurückzugewinnen, haben nun mehrere der 27 Bistümer ihre Vermögenslage teilweise offengelegt. So gewährten die Bistümer Köln, München, Essen, Speyer und Hamburg Einblick in ihre finanziellen Verhältnisse. Am vermögendsten ist diesen Zahlen zufolge der erzbischöfliche Stuhl in Köln mit 166,2 Millionen Euro. An zweiter Stelle liegt der bischöfliche Stuhl Trier mit knapp 84 Mil-

lionen Euro. Hinzu kommt noch ein Immobilienbesitz von 38 Gebäuden. Dafür existiere aber keine aktuelle Marktbewertung, so das Bistum Trier. Die Bistümer Osnabrück und Regensburg kündigten die Veröffentlichung von Zahlen an. In einer Umfrage der Presseagentur dpa wurden überdies Angaben zum Lebensstil der deutschen Bischöfe zusammengetragen. Demnach pflegen die meisten Amtskollegen von Tebartz-van Elst einen vergleichsweise bescheidenen Lebensstil. Gleichwohl genossen auch sie Annehmlichkeiten wie große Dienstwohnungen und Luxuslimousinen.

Keine Angaben wollte indessen das Bistum Passau zu seinen Vermögenswerten machen. »Wir planen nichts Derartiges«, sagte ein Bistumssprecher. Dieses Verhalten weist auf einen besonderen Umstand der Kirchenfinanzierung in Deutschland hin. Bisher hatten die Diözesen in Übereinstimmung mit dem geltenden Staatskirchenrecht

keine öffentliche Rechenschaft über ihre Vermögen abgelegt. Letztere sind nicht Teil des regulären Haushalts der Bistümer,

Der wegen seines luxuriösen Lebensstils und der explodierenden Baukosten für seinen Amtssitz umstrittene Bischof hat die Katholiken verunsichert.

weshalb Kritiker von Schattenhaushalten sprechen.

Die Kirchenfinanzierung in Deutschland unterscheidet sich von der in anderen Ländern dadurch, dass es eine Kirchensteuer und direkte wie indirekte staatliche Subventionen gibt – Anlass für regelmäßig wiederkehrende Diskussionen. So brachte die

## Große Koalition wird immer wahrscheinlicher

Nach Ausstieg der Grünen steigen Erwartungen an Union und SPD

Berlin. Nach einer Absage der Grünen am Dienstag an weitere Sondierungsgespräche mit der Union steigt die Erwartung, dass Union und SPD sich auf eine Große Koalition einigen. Am heutigen Donnerstag kommen die Vertreter beider Parteien in Berlin zu ihrer dritten Sondierungsrunde zusammen. Die Grünen stellen sich nach dem Ende der Sondierung am Mittwoch auf Opposition ein, Parteichef Cem Özdemir ließ aber für den Fall des Scheiterns von Schwarz-Rot eine Hintertür offen. Sollten die Beratungen scheitern, »dann kann es natürlich sein, dass man noch mal miteinander spricht«, sagte er im Deutschlandfunk. »Wir haben ja nun auch eine staatspolitische Verantwortung alle miteinander für dieses Land.«

Die Grünen hatten sich in der Nacht zu Mittwoch gegen weitere Sondierungsgespräche mit der Union ausgesprochen. Eine belastbare Grundlage für eine vierjährige Regierungszusammenarbeit sei »nach diesen Gesprächen nicht gegeben«, sagte die scheidende Parteichefin Claudia Roth. Daher werde dem Grünen-Parteitag am Wochenende nicht die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen empfohlen. Vertreter von Grünen und Union hoben hervor, dass sich beide Seiten in den Gesprächen inhaltlich, aber auch atmosphärisch nähergekommen seien. Die Generalsekretäre von CDU und CSU, Hermann Gröhe und Alexander Dobrindt, machten insbesondere unterschiedliche Positionen beim Thema Steuern für das Scheitern der Sondierungsgespräche verantwortlich.

Ob nach dem heutigen Treffen zwischen Union und SPD eine weitere Runde am Freitag nötig wird, war zunächst offen. »Wir erwarten eine weitere intensive Auseinandersetzung um inhaltliche Positionen«, erklärte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. Dabei dürfte es unter anderem um den Mindestlohn gehen. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering warnte davor, unterschiedliche Mindestlöhne für Ost und West zu beschließen. Agenturen/nd **Seite 5**

## KURZ

### Heizungsaustausch verordnet

Berlin. Das Bundeskabinett hat schärfere Vorgaben für Hausbauer und eine Austauschpflicht für 30 Jahre alte Gas- und Ölheizungen beschlossen. Vor 1985 eingebaute Heizungen müssen gemäß der am Mittwoch beschlossenen neuen Energieeinsparverordnung bis 2015 ausgetauscht werden. Bisher galt diese Pflicht nur für vor 1978 eingebaute Heizkessel. dpa/nd

### Snowden trifft Vater im Exil

Moskau. Der Vater des früheren US-Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden hat seinen Sohn an einem geheimen Ort in seinem russischen Exil besucht und das Land inzwischen wieder verlassen. Edward und Lon Snowden hätten ein »emotionales« Treffen hinter sich, teilte der Anwalt des von der US-Justiz wegen Geheimnisverrats gesuchten Sohns, Anatoli Kutschenera, am Mittwoch mit. Laut russischen Medienberichten hatte sich Snowdens Vater seit dem 10. Oktober in Russland aufgehalten. AFP/nd

### Papst gedenkt Judendeportation

Rom. Am 70. Jahrestag der römischen Judendeportation hat Papst Franziskus zu Wachsamkeit vor Rassismus und Antisemitismus aufrufen. Die Erinnerung sei nötig für eine Zukunft, in der die »unsagbare Ungerechtigkeit« der Schoah nicht mehr möglich sein dürfe«, schreibt er in einer Grußbotschaft, die am Mittwoch in der römischen Synagoge von Oberrabbiner Riccardo Di Segni verlesen wurde. epd/nd

Einzelpreis Tschechien 67/77 CZK  
ISSN 0323-3375

